

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Der Vorsitzende
des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin, Petitionsausschuss, 10111 Berlin

openPetition gGmbH
Herrn Jörg Mitzlaff
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325 -	Telefax (030) 2325 -	Datum
670/19	Herr Lasson	A 002	1479	1478	12.05.2022 / La

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

die Mitglieder des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin haben Ihre Eingabe vom 23. März 2022, die uns vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (Petition E-132246) zugeleitet worden ist, beraten.

In Ihrer Eingabe mit dem Titel „Schluss mit Müll in Deutschlands Natur!“, der sich in der Zeit vom 11. Februar 2021 bis zum 10. Mai 2021 insgesamt 58 Unterstützende aus Deutschland auf der Plattform openPetition angeschlossen haben, haben Sie darauf hingewiesen, dass es rücksichtslose Mitbürgerinnen und Mitbürger gäbe, die ihren Müll in der Natur und städtischen Öffentlichkeit entsorgen oder einfach liegen lassen würden. Da die jeweiligen Ordnungsbehörden gegen solche Verstöße nicht ausreichend vorgehen würden, haben Sie unter anderem eine konsequente Verfolgung und Bestrafung sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit gefordert.

Vorab möchten wir darauf hinweisen, dass wir als Petitionsausschuss des Abgeordnetenhaus von Berlin natürlich nur die Situation im Land Berlin betrachten und Ihnen hierzu berichten können.

In der Sache selbst haben Sie leider recht: Es gibt auch im Land Berlin viele Menschen, die sich nicht in der Lage sehen, ihren Müll sachgerecht zu entsorgen, sondern vielmehr illegal auf den Straßen, in den Wäldern oder in Parkanlagen abladen oder zurücklassen. Dieses rücksichtslose und unsoziale Verhalten schadet nicht nur dem Stadtbild und der Erholung, sondern auch der Natur und der Umwelt ganz erheblich.

Das Land Berlin hat diese grundsätzliche Problematik bereits vor vielen Jahren erkannt. Das Abgeordnetenhaus hat sich deshalb im Jahr 2019 dafür eingesetzt, eine „Gesamtstrategie Saubere Stadt“ zu erarbeiten, damit die Stadt sauberer wird, illegale Sperrmüllablagerungen und

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)

U-Bahnhof
Potsdamer Platz
Kochstraße

S-Bahnhof
Anhalter Bhf.
Potsdamer Platz

DB-Bahnhof
Potsdamer Platz

Bus
M 29, M 41, M 48,
M 85, 200

Interne Telefonnummer: 99407 -

Internet: <http://www.parlament-berlin.de>
E-Mail: petmail@parlament-berlin.de

die Vermüllung ganzer Kieze dauerhaft vermieden werden. Dabei sollten insbesondere die folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Verstetigung und Ausbau des zum 31. Dezember 2019 auslaufenden Pilotprojekts „Reinigung von ausgewählten Parkanlagen“ durch Anpassung betreffender Gesetze beziehungsweise Rechtsvorschriften und Aufnahme weiterer Reinigungsflächen unter Berücksichtigung noch festzulegender Kriterien,
- Ausweitung der Öffnungszeiten der Recyclinghöfe der Berliner Stadtreinigung (BSR)
- bessere Möglichkeiten zur Beseitigung von Sperrmüll,
- Festlegung des Reinigungsturnus,
- Verbesserung der Ausstattung der Stadt mit ausreichend Möglichkeiten zur Müllentsorgung,
- Ausweitung der Dienstzeiten der Ordnungsämter sowie Maßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins bezüglich der Entsorgung und Vermeidung von Müll auch mittels digitaler Technologien (Apps etc.).

Dies soll – so wird in der Beschlussvorlage weiter ausgeführt – im Sinne einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung zur Sauberkeit im öffentlichen Raum und von Gewässern, Abfallvermeidung, Abfalltrennung und Recycling von Abfällen gemäß Leitbild Zero Waste der Stadt Berlin erfolgen. Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die Vermüllung öffentlicher Plätze, Parks sowie der Berliner Wasserwege soll verstärkt unterstützt werden.

Zu den hierzu entwickelten Maßnahmen und den jeweils erreichten Sachständen hat das Abgeordnetenhaus von Berlin halbjährlich Berichte – jeweils zum 1. April und 1. Oktober – von dem Senat von Berlin angefordert, um sich umfassend und kontinuierlich zu informieren.

Bereits in der (vergangenen) 18. Wahlperiode hat sich das Abgeordnetenhaus von Berlin sehr eingehend mit der grundsätzlichen Problematik befasst; die entwickelte Gesamtstrategie Saubere Stadt hat seitdem zu zahlreichen Prüfungen und Maßnahmen auf unterschiedlichen rechtlichen und sachlichen Ebenen geführt.

Mit der Frage der Sauberkeit der Stadt und der dazu entwickelten Gesamtstrategie befasst sich auch das Abgeordnetenhaus von Berlin der 19. Wahlperiode. Zu dem gegenwärtig erreichten Sachstand und den weiteren Planungen des Landes Berlin empfehlen wir Ihnen die Lektüre der aktuellen Mitteilung – zur Kenntnisnahme – **Gesamtstrategie Saubere Stadt** (Drucksache 19/0272) vom 25. März 2022. Auf das Beifügen eines Druckexemplars haben wir aufgrund des Umfangs der Mitteilung (sie umfasst 28 Seiten) verzichtet. Diese Drucksache (und weitere parlamentarische Unterlagen hierzu) können Sie über die Parlamentsdokumentation des Abgeordnetenhaus von Berlin unter <https://www.parlament-berlin.de/> abrufen.

Sie finden in der erwähnten Mitteilung – zur Kenntnisnahme – eine genaue Darstellung der einzelnen Maßnahmen, den jeweiligen Umsetzungsstand hierzu, den Verweis auf die letzte Berichterstattung sowie der vorgesehenen weiteren Aktivitäten und der damit veranschlagten Kosten. Die Mitteilung – zur Kenntnisnahme – wird weiter im Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz des Abgeordnetenhauses von Berlin beraten werden. Es wird dann zu entscheiden sein, wie der bisherige Erfolg der Maßnahmen zu bewerten ist und ob gegebenenfalls Änderungen oder weitere Maßnahmen zu treffen sind.

Weiterhin liegt dem Abgeordnetenhaus gegenwärtig ein Antrag der Fraktion der CDU (Drucksache 19/0285) mit dem Titel **BSR erhält erweiterte Zuständigkeit für die Beseiti-**

gung illegaler Abfälle auf öffentlichem Straßenland! vor. Das Plenum des Abgeordnetenhauses hat 7. April 2022 beschlossen, diesen Antrag den Ausschüssen für Wirtschaft, Energie, Betriebe (federführend) sowie für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz zur weiteren Beratung zuzuleiten. Das Ergebnis der weiteren Beratungen zu diesem Antrag bleibt abzuwarten. Auch diese Drucksache und den weiteren Beratungsverlauf hierzu können Sie über die Parlamentsdokumentation des Abgeordnetenhaus von Berlin abrufen.

Die Problematik wird auch in Schriftlichen Anfragen aufgegriffen. Exemplarisch dürfen wir auf die folgenden Anfragen, die ebenfalls über die Parlamentsdokumentation abgerufen werden können, aufmerksam machen:

Schriftliche Anfrage (Drucksache 19/10 996)
des Abgeordneten Stefan Evers (CDU)
vom 15. Februar 2022
zum Thema:
Hauptstadt der Müllsünder?

Schriftliche Anfrage (Drucksache 19/10 997)
des Abgeordneten Stefan Evers (CDU)
vom 15. Februar 2022
zum Thema:
Vermüllung von Parks und Grünflächen

Außerdem möchten wir darauf hinweisen, dass die Frage der Sauberkeit der Stadt und der damit verbundenen weiteren Fragen auch in zwei Abschnitten Eingang in die Koalitionsvereinbarung für die Bildung des neuen Berliner Senats gefunden hat. In dem Koalitionsvertrag über die Bildung einer Landesregierung für die Legislaturperiode 2021–2026 heißt es hierzu beispielsweise:

„Die Koalition wird im Rahmen von Kiezaktionen regelmäßige, kostenfreie Sperrmüllabholungen ermöglichen und ausdehnen und ehrenamtliche Putzaktionen der Berlinerinnen und Berliner im Kiez unterstützen. Die illegale Ablagerung von Müll auf öffentlichen Flächen und die Verletzung der Gewerbeabfallverordnung wollen wir konsequent verfolgen. Die BSR wird von der Koalition dazu in die Lage versetzt, illegale Ablagerung von Müll zeitnah zu beseitigen.“

und

„Das Projekt zukunftsfähige Ordnungsämter aus dem Zukunftspakt Verwaltung führt die Koalition weiter. Für die Ordnungsämter strebt die Koalition eine Zielvereinbarung an, um landesweit ein hohes Niveau beim Verbraucherschutz, bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs, der Sauberkeit und der Ordnung im öffentlichen Raum zu entwickeln.“

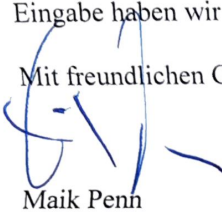
Sie sehen, das Land Berlin ist auf dem von Ihnen beschriebenen Gebiet bereits seit Jahren sehr aktiv und konnte einiges erreichen. Trotzdem bleibt viel zu tun, denn leider ist ein Umdenken bei Menschen, die ihren Müll bewusst oder aus Nachlässigkeit in der Öffentlichkeit entsorgen, offenbar nicht schnell und leicht zu erwirken. Hier helfen nur Aufklärung, ausreichende oder alternative Angebote zur Müllentsorgung und für alle, die trotz allem unbelehrbar sind, empfindliche Sanktionen. Dies soll mit der Gesamtstrategie Saubere Stadt erreicht werden; das Abgeordnetenhaus von Berlin wird diese Strategie fortsetzen und damit im Sinne

Ihres grundsätzlichen Anliegens weiter tätig werden. Sollten Sie hierzu weitere Anregungen oder konkrete Hinweise einzubringen beabsichtigen, können Sie sich selbstverständlich mit einer genauen Sachverhaltsschilderung nochmals an uns oder auch einzelne Fraktionen des Abgeordnetenhauses von Berlin wenden, damit Ihre Vorschläge geprüft werden können.

Für den Fall, dass Ihnen im Berliner Stadtgebiet bestimmte „Müllecken“ auffallen, können Sie diese dem jeweiligen Ordnungsamt melden. Besonders einfach geht dies mit der mobilen App „Ordnungsamt-Online“.

Wir hoffen, dass unsere Ausführungen für Sie hilfreich sind. Zusätzliche Möglichkeiten, in Ihrem Sinne tätig zu werden, haben wir gegenwärtig nicht gesehen. Die Bearbeitung Ihrer Eingabe haben wir mit diesem Schreiben abgeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen



Maik Penn